

Handlungsfelder und Strategien der ostdeutschen Bundesländer

Gesprächsrunde mit: Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Bettina Wiener, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V., Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH Margit Haupt-Koopmann, Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit. Moderation: Carla Kniestedt, rbb

Dr. Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, hob hervor, dass das Thema Fachkräftesicherung ein wichtiges Handlungsfeld der Demografiestrategie der Bundesregierung ist - erste Ergebnisse werden auf dem Demografiegipfel am 14. Mai in Berlin gemeinsam mit der Bundeskanzlerin vorgestellt. Die die konkreten Ansätze, die im Rahmen der Fachkräfteinitiative in ostdeutschen Zukunftsfeldern entwickelt wurden, decken ebenfalls bereits einen Teil der Lösungsstrategien ab. So seien darin u.a. die Wettbewerbsattraktivität wie auch die Aus- und Weiterbildung im Verbund als wichtige Handlungsfelder bearbeitet worden. Der Politik sei bewusst, dass die Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern durch Kleinteiligkeit geprägt ist. „Wir sind gefordert, uns auf kleinteilige Strukturen im Osten einzulassen und angemessene Strategien zu entwickeln“, so der Beauftragte. Programme der Aus- und Weiterbildung müssten an diesen kleinteiligen Strukturen ansetzen und verstetigt werden. Aus diesem Grund werde u.a. die Clusterbildung gefördert. Gerade für KMU ergeben sich daraus aber ganz besondere Herausforderungen im Bereich Export und Internationalisierung, auf dem Gebiet der wirtschaftsnahen Forschungsleistungen und im Ausbildungssektor.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, beschreibt die Lage als komplex. Vier Faktoren spielten eine Rolle: Demographie, Abwanderung, schlechte Arbeitsbedingungen/Entlohnung und Qualifikationsdefizite. Im Land Brandenburg seien erhebliche Nachqualifizierungsbedarfe zu verzeichnen. 20% der Jugendlichen schaffen die Ausbildung nicht, weitere 30% brechen ihre Ausbildung ab. Vor sechs Jahren habe es noch 30.000 Schulabgänger gegeben, die Zahl sei auf 18.000 gesunken. Spezielle Konzepte für Kinder aus Hartz IV-Haushalten würden fehlen. „Wie können wir die Menschen, die wir haben, befähigen, sich in dem System zu entwickeln und aufzusteigen?“, um diese Frage gehe es. Mit dem Brandenburger Stipendium habe man in Brandenburg bereits ein gutes Programm.

Benötigt werde eine konzertierte Aktion, die sich stark auf den Ausbildungssektor konzentriert. „Der Brandenburger Weg ist es, in diesem System Dynamik zu erzeugen und in allen Systemen, die diesem System vorgelagert sind“, betonte der Staatssekretär.

Die Bundesagentur für Arbeit setze auf die Einstiegsqualifizierung als geeignete Maßnahme, so Margit Haupt-Koopmann, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Nord. Wir stecken mittendrin im demografischen Wandel, das Erwerbspersonenpotenzial gehe zurück, was dazu führe, dass die vorhandenen Ressourcen ausgeschöpft werden müssen. Schwache Jugendliche seien eine Ressource, ebenso wie An- und Ungelernte. Die BA gebe viel Geld für die Qualifizierung von Jugendlichen, die zu Vollabschlüssen führen, aus und startet derzeit das Programm „AusBILDUNG wird was - Spätstarter gesucht“, um verstärkt junge Menschen zwischen 25 und 35 Jahren beim Erwerb eines Berufsabschlusses zu unterstützen.



Gezielt gehe man auch auf Betriebe zu, die nach Auszubildenden suchen. Mit dem Programm [WeGebAU](#) (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen) werde die Qualifizierung von un- und angelernten Arbeitnehmern in Unternehmen gefördert. Zu klären wäre allerdings, warum bisher nur die Hälfte der vorhandenen Mittel für WeGebAU ausgegeben werden konnten. Das liege nicht nur an den Betrieben, sondern auch an dem einzelnen Beschäftigten; denn nicht alle würden den Sinn des Programms für sich erkennen. Mit dem Demografiecheck könne man möglicherweise mehr Betriebe für Weiterbildung gewinnen.

Das Zögern der Betriebe, in Weiterbildung zu investieren, sei weniger in der Angst vor dem Weggang qualifizierter Fachkräfte zu sehen, da gerade junge Leute Unternehmen mit familiärer Atmosphäre bevorzugen; das treffe vor allem auf kleine und mittelständische Unternehmen zu. Work-Life-Balance und familiäre Unterstützung seien wichtige Kriterien für junge Leute, so Bettina Wiener.

Festzustellen sei aber, dass die Ausbildungsbetriebsquote sinke und die Ausbildungsabbrecherquote steige, so Prof. Dr. Eckart Severing. Einstiegsqualifizierung führe seiner Ansicht nach leider immer auch zur Schwierigkeit des hohen Mitnahmeeffektes. Die Kernfrage für Ostdeutschland laute: „Wie kann man die Bedingungen in den Betrieben so herstellen, dass auch schwächere Jugendliche zu Abschlüssen kommen?“ Dass schwächere Jugendliche nicht ausbildungsfähig seien, halte er für nicht wahr. Unternehmen sollten daher bei der Ausbildung schwächerer Jugendlicher unmittelbare Unterstützung in struktureller Art bekommen. D.h., den Jugendlichen bei der Gestaltung des Überganges bis zum Abschluss zu begleiten. Lösungen sieht Severing in Stufenberufen und in Teilzeitausbildung, die an den Voraussetzungen der Schwächeren ansetzen. Die Kammern würden bereits nach und nach in die Teilqualifikation einsteigen. Mit der neuen ESF-Periode sei die Chance gegeben, auf die Zunahme an atypischen Bildungsverläufen zu reagieren.



Besonders hohe Bedeutung misst Prof. Dr. Wolfgang Schroeder dem strukturellen Prozess hinter der Geltungskraft von Flächentarifverträgen zu. Zu beobachten sei ein Prozess, sich außerhalb von Kollektivsystemen zu bewegen, also auch außerhalb von Ausbildung. Politik müsse dringend wieder Anreize schaffen, die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen. Vor ca. zwei Jahren wurde in [Brandenburg der Sozialpartnerdialog](#) aufgebaut.

Der [Brandenburgische Ausbildungskonsens](#) ist ein Ergebnis der Partnerschaft. „Soziale Marktwirtschaft setzt auf Kooperation auf!“ Ziel sei es zukünftig, bestehende Instanzen so zu vernetzen, dass sie ein Mehr erzeugen, eine Dynamik erwirken. Kooperative Strukturen gewinnen auch vor der Tendenz, dass die verarbeitende Industrie und Großindustrie zurückgeht, an Bedeutung. Die duale Ausbildung sei vor allem aber das Rückgrat der Industrie. Sie auf Dienstleistungssektor zu übertragen, bereite z.T. Schwierigkeiten. Bei dieser neuen Kooperationsform müsse das Mischungsverhältnis zwischen kleinen und großen Betrieben berücksichtigt werden. „Wir befinden uns gerade in der Veränderung: Vom Zyklus des Überflusses zum Zyklus des Mangels.“ Um also Ausbildung aufrecht zu erhalten bzw.



auszubauen, würden Sozialpartnerschaften wie auch weitere kooperative Strukturen benötigt.

Dr. Christoph Bergner konstatierte, dass Betriebe betriebswirtschaftliche Interessen vertreten. Daher baue er vor allem auf das Eigeninteresse der Betriebe an Ausbildung und vertraue darauf, dass sie zukünftig wieder mehr Ausbildungskapazitäten bereithalten werden. Teilqualifizierung ermögliche durchaus das Erschließen von Reserven. Auch finde er die aufgezeigte Parallelität zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse („Anerkennungsgesetz“) interessant: Die Mobilisierung inländischer Ausbildungs- und Fachkräftereserven mit diesem Modell. Feststehe, dass offensive Strategien notwendig sind. Nicht zuletzt auch wegen der Schulschließungen, die in vielen Landkreisen ein großes Thema im Kontext von fehlendem Fachkräftenachwuchs sind.

Margit Haupt-Koopmann wies daraufhin, dass die Debatte um den Rückgang der Ausbildungsquote unbedingt differenzierter geführt werden müsse. Schließlich gebe es einen Zusammenhang zwischen Nachfrage und Attraktivität von Ausbildungsberufen wie auch Übernahmechancen nach der Ausbildung. Darüber hinaus sei es erforderlich, Ausbildungsquoten nach Branchen zu differenzieren. Denn gerade in der Metallindustrie erhielten viele Jugendliche - insbesondere schwächere - eine Chance. Einigkeit bestand darin, dass die berufliche Orientierung zum einen früher ansetzen müsse, eine größere Bandbreite an Berufen umfassen und das unterschiedliche Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen noch stärker in den Blick nehmen müsse. Allerdings sei auf der anderen Seite auch die Öffnung der Wirtschaft zentral: „So lange die Wirtschaft ein bestimmtes Bild von Flexibilität vermittelt, werden wir für viele Berufsbilder junge Frauen nicht gewinnen!“

